

**Dringliche Interpellation SVP-Fraktion:
«Auswirkungen der Massnahmen der EU im Bereich des Asylwesens auf den Kanton
St.Gallen**

Die Interpellation 51.14.46 «Asylwesen: Ist der Kanton St.Gallen auf die neuen Entwicklungen vorbereitet?» der SVP-Fraktion vom 24. November 2014 ist nach wie vor unbeantwortet. Die dort aufgeführten Fragen sind von grosser Dringlichkeit, insbesondere seit Deutschland beschlossen hat, wieder Grenzkontrollen einzuführen.

Aufgrund der europaweit massiv zunehmenden Zahl von Asylbewerbern ist das Dublin-Abkommen praktisch ausser Kraft gesetzt worden. Damit ist die automatische Rückführung von Asylbewerbern beispielsweise nach Italien, die von dort in die Schweiz gekommen sind, in Frage gestellt. Die Signalwirkung ist verheerend, denn die EU-Länder an den Schengener Aussengrenzen werden damit für ihre Taktik belohnt, die ankommenden Asylbewerber suboptimal, bzw. gar nicht zu betreuen. Somit gibt es für diese Menschen keine Anreize, in den süd- und osteuropäischen Ländern zu bleiben und die Zielländer haben grösste Schwierigkeiten, sie unterzubringen, wie die dramatische Lage in Deutschland zeigt.

Auch in der Schweiz steigt die Zahl der Asylgesuche. Zudem werden gegenwärtig die Asylverfahren revidiert und die Anerkennungsquote hat markant zugenommen. Dies führt dazu, dass immer mehr Unterbringungsmöglichkeiten für Personen mit Flüchtlingsstatus und für vorläufig aufgenommene Personen notwendig sind.

Aufgrund dieser Entwicklungen müsste der Kanton im Rahmen seiner Kompetenzen im Asylbereich über ein klares Konzept verfügen und dieses auch kommunizieren. Dies scheint offenbar aber nicht der Fall zu sein, denn eine eigentliche Strategie, um auf die aktuellen Herausforderungen zu reagieren, ist nicht erkennbar.

Wir bitten die Regierung um Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Auswirkungen erwartet die Regierung vom Entscheid der deutschen Bundesregierung, Grenzkontrollen wieder einzuführen, insbesondere in Bezug auf das Ausweichen der Migranten in die Schweiz?
2. Wie stellt die Regierung sicher, dass die Polizeikräfte ihren Grundauftrag trotz der durch die steigende Zahl von Migranten verursachten Mehrarbeit in den Grenzregionen gewährleisten können?
3. Plant die Regierung aufgrund der steigenden Zahl von Asylgesuchen die Eröffnung von weiteren kantonalen Zentren für Asylbewerber und wenn ja, in welchen Regionen?
4. Wie ist die Entwicklung der Belegungsziffer und der Aufenthaltsdauer in den bestehenden Zentren?»

14. September 2015

SVP-Fraktion